

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulkommission und des Hauptpostamts zu Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten
Beilagen: Silberwoche, Jugend u. Deutschum, Mode vom Tage, Frau und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Man G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag.
Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabend- und Sonntagsnummer 15 Pfg.) — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsanstrenger u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindefach-Konto:** Amt Bischofswerda Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Besteller keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pfg., beidseitig 30 Pfg., die 30 mm breite Reklamezeile (im Textfeld) 70 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Die Gesamtanzeigen tarifmäßigen Aufschlag. — Erfüllungsort: Bischofswerda

Nr. 222

Donnerstag, den 22. September 1927.

82. Jahrgang

Tageschau.

- **Reichsjustizminister** Hergt ist in Wien eingetroffen, wohin ihn der österreichische Justizminister zu Besprechungen über die deutsch-österreichische Rechtsangleichung eingeladen hat.
- Die deutsche Außenhandelsbilanz für den Monat August weist gegenüber den Vormonaten eine starke Besserung auf.
- **Königsfest** ist Dienstag nachmittag zu seinem Ostasienflug gestartet. Er beabsichtigt, Donnerstag vormittag in Angora die erste Zwischenlandung vorzunehmen.
- Auf serbischem Gebiet nahe der griechischen Grenze wurde auf einen Eisenbahzug ein Bombenattentat verübt, das den ganzen Zug zertrümmerte. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt.
- In der chinesischen Küste ist das Motorschiff **Gentoku Maru** mit 400 Chinesen an Bord gesunken. 120 Passagiere wurden von einem amerikanischen Kriegsschiff aufgenommen, die übrigen sind ertrunken.

In den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Bölkerbundskritik.

Man hat nach dem furchtbaren Krieg, den die Menschheit bisher erlebte, eine Institution geschaffen, die durch ihre Wirken ähnliche Weltkatastrophen verhindern sollte, die dazu bestimmt sein sollte, den ewigen Frieden aufzubauen und zu festigen. Der Bölkerbund sollte Friedensmaßnahmen als Clearinghouse der Nationen sein, in dem sich der Interessenausgleich der Völker reibungslos und ohne kriegerische Differenzen zu vollziehen gehabt hätte. Ist das Genfer Institut nun dieser Forderung schon irgendwie gerecht geworden? Hat es durch seine bisherige Tätigkeit seine Existenzberechtigung praktisch erwiesen? Nicht ohne Ironie, aber doch mit einem gewissen Unterton von Bewunderung wird darauf hingewiesen, daß sich alljährlich in Genf einige Dutzend Außenminister aus aller Herren Länder versammeln, um in dieser langweiligen und nüchternen Stadt gemeinsam zu konferieren. Man meint auch, das Gewicht der kleinen Nationen, die bisher ihre Politik immer nur in enger Anlehnung an eine Großmacht oder einen Mächtekonkern betreiben konnten, sei durch das Vorhandensein des Bölkerbundes verstärkt worden, wie das sehr deutlich der überraschende Vorstoß Hollands, hinter dem die Mehrzahl der kleinen Bölkerbundsmitglieder stand, zu Beginn der letzten Tagung bewiesen habe. Ist das alles richtig? Hat der Bölkerbund wirklich schon so weit seine Aufgaben gemeistert, daß seine Existenzberechtigung und seine Existenzberechtigung erwiesen ist?

Wir sind gewiß nicht der Meinung, daß man das Kind mit dem Bade ausschütten soll. Jede neue Einrichtung braucht auf allen Gebieten Zeit, sich einzuspüren, und das gilt auf politischem Gebiet noch mehr als anderswo. Immerhin hat man in Genf nun allmählich neun Jahre herumexperimentiert, man hat einen großen Aufwand an geistlichen und geistigen Mitteln vertan, man hat eine gewaltige Bürokratie geschaffen, und man hat doch nicht verhindern können, daß sich allenthalben neue Konflikte anbahnten und daß die Wahrscheinlichkeit großer kriegerischer Verwicklungen in Europa und anderen Punkten der Erde heute sehr viel größer ist als beispielsweise in der Zeit vor dem Kriege, da im Haag der große Bölkerrechtspalast eingeweiht wurde. Was will es schon bedeuten, wenn der Bölkerbund hier und da einmal, wie etwa in dem italienisch-griechischen Konflikt, durch seine Intervention das Aufblühen eines kleinen Brandes verhindert hat. In den großen grundsätzlichen Fragen, die der Weltkrieg und die Friedensdiktate aufgeworfen haben, hat der gewaltige Genfer Apparat noch immer verfehlt. Das aktuellste Beispiel dafür ist wohl der ungarisch-rumänische Optantenstreit. Nach den Behauptungen des rumänischen Außenministers ging es hierbei um die Existenzfrage Rumäniens, der auf der anderen Seite aber das Interesse des Bölkerbundes an der Integrität der von ihm eingerichteten Schiedsgerichtsbarkeit gegenüber stand. Was tat der Rat angesichts des hartnäckigen Widerstandes Rumäniens gegen eine Regelung, die ihm staatspolitisch unannehmbar sein mochte? Er vertagte die ganze Angelegenheit ohne eine Entscheidung zu fällen. . . . Deutscher wird aber noch das Verlangen des Bölkerbundes, wenn man seine Tätigkeit — oder besser Untätigkeit in den deutschen Fragen betrachtet, die durch das Versailles Diktat aufgeworfen sind. Gibt es auf der ganzen Welt noch irgendeinen ernsthaften Politiker, der nicht davon

überzeugt ist, daß das Fortbestehen des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses in Europa, wie es durch Versailles geschaffen wurde, auf die Dauer die stärkste Bedrohung des europäischen Friedens darstellen muß? Und hat der Bölkerbund bisher irgend etwas von sich aus getan, um diese Gefahr zu beseitigen? Hat er sich nicht der Behandlung dieser Probleme bisher noch stets mit der ebenso formalistischen wie fadenförmigen Begründung entzogen, daß alle durch die sogenannten Friedensverträge aufgeworfenen Fragen nicht zu seiner Zuständigkeit gehörten? In der Tat: alles, was bisher zur Abwendung der neuen Kriegsgefahr in Mitteleuropa geschehen ist, wurde auf deutsche Initiative hin in Sondertreffen abgehandelt, und auch heute noch ist Dr. Stresemann nicht in der Lage, wichtige Dinge, an denen ganz Europa interessiert ist, wie beispielsweise die Rheinlandfrage, die Frage der deutschen Abrüstung usw. vor das Forum des Bölkerbundes zu bringen, da die Machtpolitik der Vertragsmächte von Versailles und die Indifferenz des Bölkerbundes uns gegenüber das nicht zulassen. Der Reichspräsident hat am letzten Sonntag feierliche Verwahrung gegen die Kriegsschuldfrage eingelegt. Was tut der Bölkerbund, um sich mit diesem Problem, das, solange es überhaupt besteht, für Deutschland immer eine politische und moralische Diffamierung bedeutet, ernsthaft auseinanderzusetzen, um durch seine Ausräumung eine geistige Atmosphäre zu schaffen, die die Zusammenarbeit der Nationen wesentlich erleichtern würde? Nichts!

Diese Untätigkeit aber in den wirklichen Friedensproblemen ist der Genfer Institution am meisten zum Vorwurf zu machen. Und wir würden es durchaus für angebracht halten, wenn die Reichsregierung bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck bringt, daß sie an einem Fortbestand des Bundes in seiner jetzigen Gestalt und mit seiner jetzigen Arbeitsweise herzlich wenig Interesse hat.

Pariser Presseecho der Unterredung Stresemann-Briand.

Paris, 20. Sept. Der Unterredung zwischen den Außenministern von Frankreich und Deutschland wird von der Pariser Presse großes Interesse entgegengebracht. So meint der „Petit Parisien“, es verstehe sich von selbst, daß, wenn auch über diese freundschaftliche Unterhaltung nichts durchgesickert sei, man ihre Bedeutung nicht übertrieben könne. Das „Journal“ glaubt, daß Briand und Stresemann bei ihrer Zusammenkunft die ganze Rheinlandfrage erörtert hätten. „Paris Soir“ gibt aus durchsichtigen Gründen der Anschauung Ausdruck, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann für die nächste Unterredung zwischen den Außenministern ernsthaft Vorschläge als Gegenleistung für eine etwaige vorzeitige Räumung mitbringen müßte.

Die belgisch-französische Militärallianz.

Belgien und Frankreich, die beiden lateinischen Schwestern, haben sich so eng aneinander angeschlossen, daß sie ein großes einheitliches Festungssystem gegen Osten, also gegen Deutschland schaffen wollen. Alle schlechten Erfahrungen, die Belgien mit seinem größeren Nachbarn gemacht hat, haben also nichts genutzt. So oft Belgien auch in letzter Zeit über die französische Vormundschaft zu klagen hatte, so unangenehme Korruptionsaffären vor der belgischen Öffentlichkeit erst kürzlich enthüllt worden sind — es war wohl zu spät, Frankreich sich in Brüssel wieder ebenso fest wie 1914. Die Militärallianz, die Belgien und Frankreich miteinander eingegangen sind, ist das stärkste überhaupt nur denkbare Bindemittel zwischen zwei Staaten. Kein Vertrag hält so fest, wie die gemeinsame Festungsanlage gegen einen, wenn auch nur eingebildeten Feind und die Offenheit der Grenzen zwischen den beiden Verbündeten. Welcher Art das Verhältnis in Zukunft sein wird, ist nicht schwer zu erraten: Frankreich, das bisher mit Bestechungsgeldern arbeiten mußte, hat zunächst militärisch die Hand auf Belgien gelegt. Die politische Bevormundung, die im vorigen Jahre bei dem Plan der Rückgabe Eupens und Malmedys und in diesem Jahre bei dem Gedanken der Frankfurteruntersuchung zu spüren war, wird sich aber in Kürze wohl auch bis zu ihrer Vollendung entwickeln.

Ein italienisch-albanischer Geheimvertrag?

Wien, 21. Sept. Das in Genf erscheinende Blatt „Virta Romania“ veröffentlicht den Inhalt eines angeblich zwischen der albanischen und der italienischen Regierung abgeschlossenen Geheimvertrages, der sich aus folgenden sieben Punkten zusammensetzt.

1. Im Falle eines Krieges zwischen Italien und Albanien werden alle bewaffneten Kräfte Albanens zur Verfügung des italienischen Generalstabes gehalten.
2. Die italienische Regierung wird Albanien gegen alle Einmischungen seiner Nachbarn in Schutz nehmen und Albanien materielle und moralische Hilfe angedeihen lassen.
3. Die albanische Regierung gibt der italienischen Regierung Valona mit seinem gesamten Hinterlande für die Zeit von 95 Jahren in Pacht.
4. Die italienische Regierung wird als Gegenleistung für die Verpflichtung des Art. 3 die Einverleibung der Gebiete Dibra und Djalowa im Umfange der türkischen Verwaltungseinteilung vom Jahre 1912 in Albanien gestatten.
5. Die albanische Regierung übernimmt die Verpflichtung zur Unterstützung der Banken und anderen Handelsunternehmungen, die von italienischer Seite errichtet werden, sowie zur Errichtung einer Station für italienische Hydropläne in Porto Romano, drei Meilen nördlich von Durazzo.
7. Die italienische Regierung verpflichtet sich, die Konsolidierung Albanens durch ausreichende finanzielle Unterstützung zu fördern.

Zusammenstöße in Besancon.

Paris, 21. Sept. (Draht.) Wie „Paris Matin“ aus Besancon meldet, kam es dort anlässlich eines Besuchs der Kommunisten, eine Kundgebung gegen die amerikanische Legation zu veranstalten, zu Zusammenstößen. Die Kundgebung war vorher von der Polizei verboten worden. Die Kommunisten versuchten, nachdem die Polizei einen ihrer Führer verhaftet hatte, das Polizeikommissariat zu stürmen. Es mußte berittene Gendarmen und Militär aufgebieten werden. Während der Zusammenstöße fielen drei Schüsse, die jedoch niemand verletzten. Siebzehn Personen, darunter einige Ausländer, wurden verhaftet. Einige Polizeibeamte sind durch Steinwürfe leicht verletzt worden.

Eine außerordentliche Session der französischen Kammer.

Paris, 21. Sept. (Draht.) Wie der Vorsitzende des Finanzausschusses der Kammer, Abgeordneter Rabot, gestern mitteilte, ist zwischen ihm und Ministerpräsident Poincaré nunmehr endgültig vereinbart worden, daß das französische Parlament seine Arbeiten am 18. Oktober wieder aufnehmen wird. In der Hauptsache wird die außerordentliche Session durch die Diskussion über das Budget 1928 ausgefüllt werden. Die ordentliche Session beginnt in den ersten Januar Tagen.

Reichsminister Dr. Hergt über die Rechtsangleichung zwischen Oesterreich und Deutschland.

Der deutsche Reichsjustizminister Dr. Hergt hat sich zu Besprechungen über die deutsch-österreichische Rechtsangleichung nach Wien begeben.

Wien, 20. Sept. Im Gespräch mit dem Vertreter der „Neuen Freien Presse“ erklärte Reichsminister Dr. Hergt: Ich komme nicht in politischen Angelegenheiten, sondern als Kollege zum Kollegen, aber erfüllt von dem Bewußtsein von der Bedeutung dieses Tages, an dem bis auf drei Punkte, Todesstrafe auf das Verbrechen des Mordes, Abtreibung und Sicherheitsverwahrung, völlig übereinstimmende Gesetzeswerke dem Parlament übergeben wurden. Das ist ein Beweis, daß trotz der Verschiedenheit in vergangenen Jahrzehnten die sittlichen Grundanschauungen beider Völker sich doch völlig übereinstimmend entwickelt haben und andererseits ein Beweis für die Kraft des Deutschungsgedankens, der Deutschung gemeinlich als solcher. Mit dieser Rechtsangleichung erfolgt ein Riesenschritt weiter, typisch für die kulturelle Angleichung, die ja für beide Völker noch unendliche Möglichkeiten bietet und von größtem Segen für beider Zukunft sein wird.

Wien, 20. Sept. An dem von Justizminister Dr. Dinghofer zu Ehren des Reichsjustizministers Dr. Hergt gegebenen Frühstück nahmen u. a. teil Bizekanzler Harlieb, Minister Schmitz, Präsident des Nationalrats Dr. Baber, der deutsche Geschäftsträger Legationsrat Hoffmann, sowie der Präsident des obersten Gerichtshofes Dr. Koller. Dr. Dinghofer brachte einen Trinkspruch auf den Reichsminister aus, den dieser in längerer Rede erwiderte, wobei er der Bedeutung des heutigen Tages hinsichtlich der Entwicklung Rechts in Oesterreich und der Rechtsangleichung mit Deutschland gedenkte.